

Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft

Bei der Regionalkonferenz antifaschistischer Gruppen in Alsdorf erklärt Professor Dreßen das Phänomen

VON DANIEL GERHARDS

Alsdorf. Ist der Rechtsextremismus ein Randgruppenphänomen oder kommt er aus der Mitte der Gesellschaft? Diese Frage ist angesichts der Debatte um die Thesen Thilo Sarazins angebracht. Auf der Regionalkonferenz antifaschistischer Initiativen „Aktiv gegen Rechts“ erklärte Professor Wolfgang Dreßen, ehemaliger Leiter der Arbeitsstelle Neonazismus an der FH Düsseldorf, dass „unserer Verfehlungen den gesellschaftlichen Nährboden“ für Rechtsextremismus bereiten.

Dreßen sagte, dass die Fremdenfeindlichkeit aus der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft komme. Sarazin schreibe über geringeres genetisches Potenzial der Muslime und fordere, dass die Unterschicht aussterben müsse. „Damit wird die Erblichkeitsdiskussion zu einem neuen interkulturellen Main-

stream.“ Das mache Sarazins Anhänger noch nicht zu NPD-Wählern. Aber: „Mit seinen Gedanken ist er der Rassenhygiene der 1920er Jahre sehr nahe.“ Diese Rassenlehre war eine der Grundlagen der Nazi-Ideologie. „In der Konsequenz läuft das auf Rassismus hinaus.“ Angesichts dessen sei es erschreckend, dass 60 Prozent der Bundesbürger Sarazin nach einer aktuellen Allensbach-Umfrage zustimmten.

Die elitäre geführte bürgerliche Diskussion um die leistungswilligen Ausländer der Unterschicht finde immer auch auf ökonomischer Ebene statt. „Es geht darum, wer die Sozialsysteme belastet und wer produktiv ist“, sagte Dreßen. Allerdings könne Sarazin nicht gegen die Unterschicht im Allgemeinen argumentieren. „Das würde den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Er braucht eine Gruppe, die anders ist.“ Die



Sprach beim regionalen Bündnis „Aktiv gegen Rechts“; Wolfgang Dreßen.
Foto: Daniel Gerhards

finde er in den Muslimen, erläuterte der Professor.

Im Anschluss bildeten die gut 100 Teilnehmer der Konferenz Arbeitsgruppen, in denen sie sich mit aktuellen Fragestellungen zum rechten Milieu auseinandersetzten. In der Abschlusserklärung formulierten die Teilnehmer die Notwendigkeit einer Vernetzung antifaschistischer Gruppen, um Neonazi-Aktionen – wie etwa den geplanten Aufmärschen in Stolberg – entgegenzutreten.

Zudem wolle man Rechten nicht das Handlungsfeld überlassen. „Wir haben es satt, den Nazis nur hinterherzulaufen. Wir müssen eigene Ideen für eine bessere Gesellschaft einbringen“, erklärte Kurt Heller, Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Dabei sei „mehr Demokratie“ zentral. Und: „Die Nazis begreifen wir nicht als Teil dieser Demokratie.“